

# Arbeiterblatt

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bewegung für den Monat (ca. 2 Mio. (halbmonatlich 1 Mio.); durch die Post bezogen monatlich 1 Mio. ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterblatt", Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernschrein-Sammelnummer 17259 / Postgeschäftssitz Dresden Nr. 15255. Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Bericht: Am Dienstag Nr. 17259 / Zeitschrift: "Arbeiterblatt" / Siedlung: Dresden / Siedlungshaus der Partei: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Umlaufpreis: Die neuromat gesetzte Komplettzeitung oder deren Raum 0,30 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Reklamezeile anstehend an den Preisgezahlten Zeitteilern 1,25 RM. Umlauf-Umlaufnahme tags vorher bis 1 Uhr nachmittags in der Abteilung Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterblatt" erscheint täglich außer am Sonn- und Feiertag / In allen höheren Ortschaften befindet sich eine Ausgabe auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 10. Februar 1927

Nummer 34

## Die litauischen Henker an der Arbeit Rettet das Leben der Klassenkämpfer!

Das Leben der litauischen Revolutionäre Adamowitzi, Grawski, Wizas und Schwarzbürg steht auf dem Spiel!

Als vor einigen Tagen die Exekutive der USA in ihrem Urteil darauf hingielte, daß die litauische Fabrikantenregierung schuldhaft hätte, etwa 20 der besten litauischen Arbeiter vor das Gericht zu stellen, da leugneten die litauischen Henker diese Behauptung mit aller Entschiedenheit. Solange in Westeuropa, in Russland und in der Sowjetunion die Proteste der breiten Arbeitermassen gegen das Werk der litauischen Fabrikanten laut waren, wurden die Exekutionen vorübergehend eingestellt. Jetzt kehren sie wieder mit neuer Kraft. Am 2. Februar wurden vom Landgericht drei Kommunisten aus Birnai zum Tode verurteilt. Wie verlautet, soll die Todesstrafe für sie durch lebenslängliches Zuchthaus ersetzt werden? Ja Rollkühn hat bei seinem Besuch die Genossen Melchis zu lebenslangem Zuchthaus, die Genossen Kastellis und Kapella zu 15 Jahren und eine Frau zu 6½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 3. Februar wurden neue Todesurteile in Kowno verhängt. Das zeigt, daß die litauischen Henker mit aller Entschiedenheit am Werk verankert sind.

Der Vertreter der litauischen Regierung in London vertheidigte u. a. den Vertretern der englischen Gewerkschaften, daß in Litauen niemand wegen seiner Gewerkschaftstätigkeit mit Erziehung bedroht sei. Indesten trifft die Arbeitnehmer Wizas und Schwarzbürg keine andere Schuld, als daß sie alte Mitarbeiter der alten Gewerkschaften waren. Ein anderer Vertreter der Leute Adamowitzi, ein ehemaliger Priester, hat sich durchaus schuldig gemacht, daß er den Arbeitstag ausgelöst und alle die Flügel der christlichen Lehre zu entblößen versuchten. Sein Buch, das eine Kritik der "Heiligen Schrift" enthält, wurde von den litauischen Henkern verbrannt. Dafür wird er zum Tode verurteilt. Der Student Grawski stand bereits unter der alten christlich-demokratischen Anordnung vor Gericht, mußte aber immer freigelassen werden. Aber er war ein aktiver Arbeiter der linken Arbeiterschaft. Unter einer Reaktion wurde es verboten, aber gegen Kaukon freigesprochen. Am Tage des litauischen Umsturzes wurde er natürlich als erster erschossen. Man nahm ihn in seiner Wohnung fest. Man fand keine Waffen bei ihm. Aber in denn das von Pefang für die litauischen Fabrikanten Kastellis, Kapowitzus und Kastellis nach der Verhaftung wurde er bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, so daß sein Leben in Gefahr war. Jetzt wird er zum Tode verurteilt auf Grund dieses "Tatbestandsbannes" auf Grund dessen er vor 1½ bis 2 Jahren jedoch von den christlich-demokratischen Fabrikanten freigelassen worden war.

Allen Verurteilten wird dieselbe proletarische Unschuldsgabe zur Last gelegt, wie den vier Geschworenen vom 27. Dezember: Vorbereitung des kommunistischen Umsturzes, Lügen der litauischen "Tatsche" usw.

Warum wütet so die litauischen Henker? Warum weil sie den Völkern unter ihren Füßen warten fühlen. Darum, weil sie nicht die Unterstützung der westlichen Massen und der christlichen Anteilswelten haben. Warum, weil die Wirtschaftslage Litauens in den letzten Jahren der Fabrikantenarbeit nicht mehr verschlechtert hat. Der litauische Staat schwankt. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Arbeitslosen sind ungefähr um 25 Prozent gestiegen. Je weiter um so mehr lädt sich die Wirtschaft des Vorjahrs rütteln. Dabei fordern die Vertreter Englands eine Verständigung mit Polen, gegen die sich die westlichen Massen Litauens leicht machen.

Die litauischen Fabrikanten merken, daß sie ohne die brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft und des armen Bauerntums, ohne die grausame Obrigkeit sich nicht an der Macht halten und auch nicht ein Bündnis mit Polen schließen können. Deshalb machen sie keine Arbeit. Auf der Tagessammlung steht eine Anerkennung der Verhaftung: Das Volk wird sich auf 24 Jahre hinzuholen, der Präsident der Republik wird vorsichtig vor den "Mallion" auf Polens Seite gewählt, die Rechte des Parlaments werden beibehalten usw.

Aut die nächsten 24 Stunden die Wirtschaften in Stadt und Land in der ganzen Welt abnehmen die Hand der litauischen Henker abwerben. Es kann mit aller Macht die westliche Revolutionäre, die litauischen Henker zu entlassen, dieser Politik, die einer vollständigen Unterwerfung der westlichen Massen und zu einer Verwaltung Litauens in eine Kolonie Englands mit Polen führen soll.

Arbeiter, Proletarier, ja Stadt und Land, erhebt eure Stimme zur Rettung der litauischen Revolutionäre.

W. Mitzewitsch — Kapkaus.

Der Protest der internationalen Arbeiter schlägt den litauischen Henkern die Mordmessen nieder. Raum läuft die Bombe aber doch die Arbeiter ihre Kulturmöglichkeiten abnehmen, da erbt sie wieder die Mordmessen. Unter massivem Protest muß weitere Worte verhindern können, es soll das Leben von Klassensouveränen zu retten. Keiner darf schiefen bei der Aufgabe. In jeder Fabrik organisiert sofort eine kurze Betriebsversammlung, in allen Kundgebungen protestiert gegen den Mord. Sendet eure Proteste sofort an die litauische Gesandtschaft nach Berlin, aber an die litauische Regierung nach Kowno. Kein Tag ohne Massenprotest der Arbeiter!

## Die Bürgerblödparteien

### 1. Die Deutschnationalen.

In den letzten Wochen beschäftigte sich die bürgerliche und sozialdemokratische Presse mit der Frage, ob die Deutschnationalen grundsätzlich für oder gegen die republikanische Staatsform einzutreten ob sie grundsätzlich für oder gegen Vocano-Papen-Politik machen würden. Selbstverständlich in Wirklichkeit sind die Deutschnationalen weder Freunde dieser Staatsform, noch etwa Gegner der Doves- und Vocano-Politik; dennoch werden sie auch jetzt, nachdem sie Regierungspartei geworden sind, das Gegenteil behaupten, insbesondere außerhalb der Parlamente, und zwar nicht nur aus allgemeinen propagandistischen Gründen, sondern vor allem deshalb, weil sie auf diese Weise leicht „Augebländige“ machen können, die nur seine sind, für die sie aber von den anderen Gruppen um so reichlicher Gelegenheiten verlangen.

Ganz so war es 1924, wo sie grundsätzlich die schärfsten Gegner des Domesalons waren, im ganzen eine großzügige Propaganda gegen Domestanz und Volksbundspolitik entfalteten, jedoch bei der entscheidenden Sitzung im Reichstag, als es sich um die Internationalisierung der Reichsbahn handelte, umschwenkten, um die Sache selber ja nicht zu gefährden.

Ähnlich war es auch 1918, wo sie angeblich den vollständigen Zusammenbruch ihres Regimes keine Wahlpropaganda für die Nationalversammlung vorbereiten konnten, ohne Fortsetzung und Zustimmung anzuerufen, die damals Deutschnationale beherrschten. So finden wir in dem deutchnationalen Wahlprogramm vom Dezember 1918 u. a. folgende Sätze, die wie ein verschwommenes SPD-Programm anmuten:

„Wir verlangen: Beseitigung der wirtschaftlichen Unordnung und finanziellen Mißwirtschaft; starke Sparanstalt; öffentliche Finanzkontrolle... unbedingte Freiheit der Wahlten...“

„Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nun mehr die parlamentarische Regierungsform, getragen vom Vertrauen der Mehrheit seiner Bürger und ruhend auf dem altenen Wahlecht... Wichtigstes Mittel zur Bevölkerungs-politik sind eine umfassende Siedlungspolitik auf dem platten Lande, die neuen Bauernland schafft... und grundlegende Be-jetingung der Wohnungsnot.“

„Wo im sozialen Interesse die Überführung der Privat-wirtschaft in die gemeinwirtschaftliche Betriebsform geboten ist, treten wir dafür ein... Wir bekämpfen die Auswüchse eines international gerichteten Großkapitalismus. Die Kriegs-antizister müssen scharfgekämpft, die wirklichen Kriegsgewinne aufs äußerste erlahmt werden.“

„Das Koalitionsrecht ist gefestigt zu gewährleisten, die Heimarbeit auf gelinde Grundlage zu stellen, der Schuh und das Recht der Landarbeiter zeitgemäß neu zu ordnen, das Beamten- und Staatsarbeiterrecht im neuen Geiste zu gestalten.“

Man sieht, wie diese Partei in Wirklichkeit von „grundlosen“ Einstellungen nicht im geringsten belästigt ist. Ihre Grundsätze und Forderungen sind vielmehr nur die propagandistischen Mitteln für die Interessenvertretung bestimmter Schichten der deutscher Bevölkerung. Diese Schichten umfassen einschließlich aller Familienangehörigen usw. allerhöchstens 200—300 000 Menschen, das sind also rund 0,5 Prozent der deutschen Bevölkerung. Für die Partei dieser 0,5 Prozent stimmen aber bei den Wahlen zur Nationalversammlung 10,3 Prozent der Wähler und bei den Dezember-Reichstagswahlen von 1924 sogar 22,1 Prozent.

Ein beträchtlicher Wahlgang ist nur dadurch möglich, daß die Deutschnationalen Partei über einen ausgezeichneten Propaganda- und Informationsapparat verfügt.

13,5 Prozent der mehr als 3200 deutschen Tageszeitungen gehören der Deutschnationalen Volkspartei; weitere 61,6 Prozent sind angeblich „partilos“. In Wirklichkeit sind diese „partilos“ Zeitungen die zahlreichen Generalanzeiger, die es fast in allen Städten gibt, die Kleinstadt- und Landzeitungen, die fast ohne Ausnahme den politischen Interessen der deutchnationalen Partei entsprechen. Es ist also keine Überschreitung, wenn wir feststellen, daß direkt oder indirekt fast zwei Drittel (etwa 2000 täglich erscheinende Zeitungen) unter Kontrolle der Deutschnationalen Volkspartei stehen — gegenüber etwa 40 kommunistischen und 100 sozialdemokratischen Zeitungen.

Für all diese Zeitungen deutchnationaler Richtung gibt es Telegrafen- und Artikel-Korrespondenzen; hierher gehört z. B. die Telegraphen-Union (TU), die die gesamte deutsche Presse mit Nachrichten aus der ganzen Welt versorgt. In dieser Propaganda-Organisation spielt die Hugenbergruppe eine herausragende Rolle. Sie beherrscht durch den Scherzer Verlag weitestgehend nur den Berliner Volksanzeiger, den Tag, die Woche, die Gartenlaube, alles Tages- und Wochenorgane, deren Auflagen nach Hunderttausenden zählen. Gleichzeitig steht diese Gruppe in enger Verbindung zu einer ganzen Anzahl größerer und kleinerer Verlagsanstalten, zu Filialunternehmungen, satzunglich und finanziell zur Gestaltung des Kundenkreises usw. In Großzügigkeit und Weitblick der Propaganda-Organisation wird dieser gesamte deutchnationale Apparat durch seine andere Gruppe übertragen.

Wer aber sind die kapitalistischen Schichten, die diesen Apparat für sich arbeiten lassen?

Es ist einmal eine kleine Schicht von Schwerindustriellen. Wir nennen hier den Generaldirektor Leopold von der A. Aktiengesellschaft Montanwerke und dem Halleischen Bergwerksverein; weiter den Bergwerksdirektor Dr. W. Rademacher von der deutschen Groß-A.-G. (Borna) und der Vereinigten Kohlen A.-G.; ferner den Finanzrat Dr. A. Hugenberg, einen früheren Krupp-Direktor, der jetzt in engen Beziehungen zum Stahltrust steht und der Vizeiter der Propaganda-Organisation des Scherzerverlages und der Deutsche Film-Gesellschaft ist; schließlich Dr. Reichert, den Vizeiter der deutchnationalen Schwerindustriellen des Ruhrgebietes.

Zweitens ist die Deutschnationale Partei die Vertreterin der Interessen des Reichsbundes. Obwohl die Organisation lediglich den Interessen der 20 000 Großgrundbesitzer, denen

## Neues Material gegen den Butschisten von Reubell

### Ein sozialdemokratischer Landrat mit Rapp

Berlin. Am Kabinetttag des Reichstages sollte der Vertreter des Reichskanzlers Sozialsekretär Dr. Pünzer mit, daß am Fall Reubell neues Material eingebracht sei. Der Aufschluß der Untersuchung könne, da vorwiegend noch mit weiterem befeindendem Material gerechnet wird, erst in der nächsten Woche erfolgen. U. a. wurde neu festgestellt, daß der Minister von Reubell nicht nur der Herbergerverein der Olympia und anderer sozialistischer Vereinigungen auf seinem Guße war, sondern daß er noch im Herbst 1926 persönlich eine Nachahmung der Olympiateile dort geleistet hat. Der sozialdemokratische Landarbeiter und Kreisjugendwart des Kreises Königsberg, Karl Selle, richtet an den Minister Reubell einen offenen Brief, in dem er ihn erinnert, daß er während des Rapp-Büros eine Reihe von offiziellen Unterschriftenhandlungen für die Rapp-Partei eingetragen habe. So sich er eine Brücke durch Feindseligkeit und Spionage bewahren, ließ gegen regierungstreue Arbeiter durch die Bürgerwehr des Stadt Hauptstaats a. O. Nachtposten in der Nähe seines Hauses aufstellen, befahl den Bürgern in Reubell, von Haus zu Haus zu gehen, um nachzufragen, ob sie leiten des Sohnes zum Generalsatzungsausschuß ausgewiesen sei, um ihn sofort verhaften zu lassen usw. mehr.

Dieses Material wird die Bürgerblöd-Regierung nicht dulden, ihren wichtigsten Mann, Herrn von Reubell um jeden Preis zu halten.

Die Deutsche Tageszeitung hatte in ihrer letzten Ausgabe behauptet, daß im Kreis Elster in Sachsen während des Rapp-Büros des sozialdemokratischen Landrat Danzenbach verdeckt gegen die KPD-Politiker und KPD-Verordnungen veröffentlicht und autorisiert habe. Die Deutsche Tageszeitung publizierte eine dicker Verordnungen, die die Unterschrift des sozialdemokratischen Landrats tragen, der heute noch im Amt sitzt. Der Landarbeiter kann diese Tatsachen nicht leugnen. Er hilft uns der Verfolgung durch die Erfahrung, daß ihm die Angeklagten Daubenthaler nicht bekannt sei; wenn sie sich so verteidigen, wie die Deutsche Tageszeitung behauptet, so würde der Sozialrat — des Landrat Daubenthaler für den Polen des Reichsinnenministers nicht für qualifiziert halten — und das ist der prügende Punkt.

Es wird nun verständlicher, weshalb Severing gegen von Reubell kein Verfahren durchführte. Er hätte auch einen Sozialdemokraten vor die Disziplinarcommissi zitieren müssen. Das war der Grund zur Unterordnung des Vorgetriebenen gegen den Rappisten Reubell. Die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter wäre zu groß geworden. Jetzt glaubt der Vorwärts über diesen Fall einfach hinweggehen zu können. Daubenthaler kann nicht Innenminister sein, das ist klar. Er kann aber, ohne bekannt zu werden, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei

### Absolution für Reubell

Es ist mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut...

Berlin, 10. Februar. (Eigene Nachmeldung) Während die sozialdemokratische Presse und der Vorwärts die Opposition des Zentrumsführers Wirth damit beginnen, daß man es möglic ist, die Regierung Männer zu präsentieren die für die Republik eine Prostitution sind, teilt die "Volksliche Zeitung" mit, daß das Zentrum genugt ist, die Untersuchung negativ verlaufen zu lassen, wenn Herr von Reubell sich nur bequemen würde, eine Erklärung abzugeben, die seine Wendung zum regulären Republikaner ausdrückt.

## Das Erwerbslosengesetz im Ausschuß

Die SPD unterstützt die rechtlinige Regierung

Berlin, 10. Februar. (Eigener Drahtbericht) Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages begann am 9. Februar die Beratung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes. Die SPD ließ durch Aufzähler in einem Opposition die grundsätzliche Ausrichtung ihrer Fraktion zum Gesetz nochmals betonen. Es am 8. Februar batte der Vorwärts erklärt, daß die SPD das Schandgesetz belämpfe. Es war also nur eine Lüge, um die Arbeiter zu beruhigen. Wie die SPD, sprechen sich Zentrum und Deutsches Volksparlament für das Gesetz aus. Nur der Kommunist ist Kä. Heil aus der Feindseligkeit der sozialdemokratischen Fraktion, die den sozialen Großteil der Bevölkerung der Krisenfürsorge unterstellt. Dadurch würden die finanziell Schwierigkeiten der Gemeinden, die nach dem Entwurf ein Viertel der Beiträge für die Krisenfürsorge aufwenden, noch katastrophaler. Auch bringt das Gesetz eine weitere Belästigung des Ausschusses. Der § 7 des Gesetzes sieht vor, daß Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch Ausland oder Auswanderung ganz oder vorübergehend verursacht sei, während des Auslands oder der Auswanderung keine Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen. Obgleich bei Festlegung des Arbeitsplatzes belächlichten worden war, nach Erledigung der Generaldebatte über das Versicherungsgesetz die kommunalen und sozialdemokratischen Abgeordneten auf Erhöhung der Invalidenrente zu verzögern, beschloß gestern der Ausschuß mit den Stimmen der Bürgerblödparteien und der SPD die Weiterberatung des rechtlinigen Arbeitslosenversicherungsgesetzes und die Abstimmung der Anträge auf Erhöhung der Invalidenrente.